

Interpellation von Lydia Klinkenberg an Ministerpräsident
Karl-Heinz Lambertz
Plenarsitzung vom 21.05.2012

Es gilt das gesprochene Wort

**Thema: Die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und
die Deutschsprachige Gemeinschaft: Finanzierung und
Zusammenarbeit**

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

die Antwort des Ministerpräsidenten auf eine schriftliche Frage vom 15. Februar von Herrn Grommes beinhaltet eine tabellarische Aufstellung über die Gemeindefinanzierung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft .

Die Antwort auf die schriftliche Frage vom 15. Juli 2010, eingereicht durch meinen ehemaligen Kollegen Gerhard Palm, geht sogar noch ein Stück weiter in die Tiefe. Sie beleuchtet neben den Angaben zu den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die Gemeinden überwiesenen Summen der Gemeindedotation, der Wegedotation, der

Zuschüsse für die Grundschulen und für arbeitsbeschaffende Maßnahmen die gesamte Finanzsituation der deutschsprachigen Gemeinden, inklusive ihrer Reserven. So kann man anhand der übermittelten Tabellen feststellen, dass der finanzielle Anteil der DG-Zuschüsse an den Gemeindeeinnahmen der neun deutschsprachigen Kommunen bis zu 34% betrug. Die weiteren Einnahmen sind größtenteils Steuereinnahmen.

Nimmt man dann die Antwort auf die schriftliche Frage vom 23. Dezember 2009 von Gerhard Palm hinzu, wird klar, dass die Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Infrastrukturvorhaben mittlerweile für die Finanzsituation der Gemeinden eine wesentliche Rolle spielen.

Der Ministerpräsident erinnerte in der Antwort auf die schriftliche Frage von Herr Grommes daran, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft den neun deutschsprachigen Gemeinden seit 2009 2,16 Millionen Euro mehr ausgezahlt hat, als sie von der Wallonischen Region für die Wahrnehmung der Gemeindezuständigkeit erhalten hat.

Auch waren sich bei der Verabschiedung des Infrastrukturdekrets alle Fraktionen einig, dass die Erhöhung des Zuschusses von 60% auf 80% nicht nur dazu beiträgt, Schulbauten zu fördern, sondern ebenfalls zu

einer bedeutenden Entlastung der Gemeinden führt. Darauf wies Gerhard Palm in seiner schriftlichen Frage hin.

In der letzten Legislaturperiode hat es außerdem eine bedeutende Erweiterung der bezuschussbaren Projekte der Gemeinden gegeben, bei der es sich um eine umfangreiche finanzielle Hilfe für die Gemeinden und ihre Behörden handelt. Während die so genannte Wegedotation für kommunale Straßenbauprojekte gilt, werden mittlerweile die Infrastrukturen der Gemeinden, ÖSHZ und Kirchenfabriken von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu 60% unterstützt: so zum Beispiel Rathäuser, Verwaltungsgebäude, nicht denkmalgeschützte Kirchen und Kapellen, Energiesparmassnahmen, Heizungsanlagen, Fuhrparks, Lager 22 Millionen Euro hat die Deutschsprachige Gemeinschaft über die eigentliche Gemeinde- und Wegedotation hinaus ihre eigenen Zuständigkeiten von 2005 bis 2011 in kommunale Projekte investiert.

Vor diesem Hintergrund verwundert die Kritik einzelner Mitglieder dieses Parlaments. So sprach zum Beispiel der CSP-Fraktionsvorsitzende in der Debatte zum letzten Programmdekret von durch unnötige Ausgaben der Lambertz-Regierung entstandenen Finanzlöchern der Gemeinschaft, die durch die Gemeinden gestopft werden müssen. Luc Frank ging noch weiter in seiner CSP-Neujahrsansprache. Zitat: „Immer

öfter müssen auch die Gemeinden für die völlig verfehlte und unvernünftige Finanzpolitik der DG-Regierung den Kopf erhalten, wie die jetzt geplante Kürzung der Wegebautotation erneut beweist. Viel zu häufig wird die Geldknappheit der übergeordneten Behörde auf die Gemeinden abgewälzt und die noch vorhandenen Reserven der Gemeinden als Sanierungsmöglichkeit gesehen. ... Wer den Dienst am Bürger will – und den leisten die Gemeinden bisher hervorragend – , der darf der Gemeinde nicht die Möglichkeit zur Arbeit nehmen und ihr den Geldhahn zudrehen.“

Meine Fragen:

1. Aufgrund der Widersprüchlichkeit der finanziell hohen Aufwendungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugunsten der Gemeinden einerseits und den kritischen Aussagen einiger Mitglieder dieses Parlaments andererseits habe ich gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Debatte zur ersten Haushaltsanpassung folgende Fragen:

Wie hoch sind die Reserven der Gemeinden insgesamt? Wie hoch ist mittlerweile – ganz objektiv in Zahlen ausgedrückt seit Verabschiedung des Infrastrukturdekrets – der finanzielle Vorteil der Gemeinden durch die erhöhte Bezuschussung von 80% statt 60% für Schulbauvorhaben,

für die die Wallonische Region beispielsweise nur 40-60% aufbringt?
Und wie hoch ist der finanzielle Vorteil, der den Gemeinden dadurch entstanden ist, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gegensatz zur vorherigen Praxis und im Gegensatz zur Wallonischen Region beschlossen hat, nun auch nicht denkmalgeschützte Kirchen und Kapellen und gemeindeeigene Infrastrukturen wie Rathäuser, Verwaltungsgebäude oder Fuhrparks zu bezuschussen?

2. Im Grenz-Echo vom 24. April konnte man nachlesen, dass die Regierung im Bereich der Infrastrukturpolitik bis 2019 34,7 Millionen Euro einsparen wird.

Welche Auswirkungen hat dies auf die Infrastrukturpolitik in den Gemeinden?

3. Die Deutschsprachige Gemeinschaft strebt ab 2015 jedes Jahr einen ausgeglichenen Haushalt nach den Vorgaben des Hohen Finanzrates an und wird zudem voraussichtlich durch EU-Vorgaben gezwungen sein, ab 2018/2019 die Schuldenbremse einzuhalten. Sie wird also keine Investitionen mehr über anrechenbare Schulden finanzieren dürfen. Der Ministerpräsident sprach von einem Paradigmenwechsel im Infrastrukturbereich.

Welche Auswirkungen wird dieser Wandel der Infrastrukturpolitik auf die Gemeinden haben? Wird die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgrund dieser EU-Vorgaben mittelfristig überhaupt noch größere Investitionen in Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Altenheime, Schulen und denkmalgeschützte Gebäude tätigen dürfen?

4. Zuletzt möchte ich Sie bitten, dem Parlament generell darzulegen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den deutschsprachigen Gemeinden seit Übernahme der Gemeindezuständigkeit gestaltet und wie zufrieden die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Gemeinden mit dieser sind.